

Beschluss des 64. Bundeskongresses der Europa-Union
vom 14.11.2021

Europäische Außen- und Sicherheitspolitik 14 Forderungen an die neue Bundesregierung

Die aktuelle internationale Entwicklung macht eine wirkliche europäische Außen- und Sicherheitspolitik immer dringlicher.

Wir bekräftigen unsere Beschlüsse vom 19. Januar 2020 (gemeinsam mit der JEF Deutschland: „Europa und die USA. Gemeinsame Interessen hervorheben, gemeinsame Werte verteidigen“) und vom 17. April 2016 („Neue Impulse für eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“).

Wir erwarten von der neuen Bundesregierung einen Paradigmenwechsel und den vollen Einsatz für folgende Zielsetzungen:

1. Die Europäische Union muss eine Friedensmacht sein und bleiben, die ihre Außenpolitik an den Nachhaltigkeitszielen der UNO ausrichtet und niemals als Aggressor auftritt.
2. Die EU muss in der Außen- und Sicherheitspolitik mit einer Stimme sprechen. Die EU-Mitgliedstaaten nutzen die Passerelle-Bestimmungen der Verträge und beschließen, dass sie fortan in außenpolitischen Fragen nach dem qualifizierten Mehrheitsverfahren im Rat entscheiden. Dieser Schritt ist überfällig und ohne langwierige Vertragsänderung möglich.
3. Die EU-Mitgliedstaaten verpflichten sich, Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik anzuerkennen und eigene diplomatische Schritte zu unterlassen, die europäischen Entscheidungen und Interessen zuwiderlaufen würden.
4. Der oder die Hohe Bevollmächtigte wird dem Europäischen Parlament verantwortlich, die Verantwortung des Europäischen Parlaments für die Außen- und Sicherheitspolitik durch die konsequente Anwendung des ordentlichen Rechtsetzungsverfahrens gestärkt.
5. Die NATO ist und bleibt der wichtigste Pfeiler für die europäische Sicherheit. Die EU verfolgt das Ziel strategischer Handlungsfähigkeit und nicht einer Autonomie, die zumindest missverständlich ist, in jedem Fall aber eine gefährliche Distanzierung von den USA implizieren kann.

6. Das transatlantische Bündnis muss zukunftsfest weiterentwickelt werden. Die neue Bundesregierung sollte eine EU-Initiative unterstützen, die auf die von US-Präsident Joe Biden in Aussicht gestellte Allianz der Demokratien eingeht. Ein Gipfel der Demokratien würde nicht nur den Willen zur Sicherung einer freien Weltordnung unterstreichen, sondern auch zur Bewahrung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Inneren beitragen können. Staaten, in denen die Unabhängigkeit der Justiz und die Freiheit der Medien nicht mehr gewährleistet sind, sind Scheindemokratien und daher von einer Allianz der Demokratien auszuschließen. Die Allianz der Demokratien kann somit gegenwärtig weder deckungsgleich mit der NATO (Türkei) noch mit der EU (Polen und Ungarn) sein.

7. Alle EU-Mitglieder müssen ihren Beitrag zur äußeren Sicherheit Europas leisten. Für die europäischen Mitglieder der NATO bedeutet dies, dass sie ihren Bündnispflichten vollumfänglich nachkommen. Der nächste Bundestag und die von ihm getragene Regierung müssen dafür sorgen, dass die Bundeswehr ihre Einsatz- und damit auch ihre Bündnisfähigkeit verbessert.

8. Die EU muss gemeinsame Streitkräfte aufbauen, perspektivisch eine Europäische Armee. Denn die nationalen Streitkräfte der EU-Staaten verfügen trotz fehlender Fähigkeiten und teils eklatanter Unterfinanzierung über zu viele unterschiedliche Waffensysteme und kostspielige Mehrfachkapazitäten. Eine Europäische Armee würde perspektivisch weniger Steuergelder kosten als die bündnisgerechte Ausstattung der nationalen Streitkräfte. Deshalb muss die neue Bundesregierung das Ziel der schrittweisen Schaffung europäischer Streitkräfte konsequenter als bisher verfolgen. Europäische Streitkräfte müssen, eine europäische Armee muss integraler Bestandteil der NATO sein. Sie muss eine Armee des Europäischen Parlaments sein. Weitere Parlamentsvorbehalte sind auszuschließen.

9. Zentrale Voraussetzung für eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik ist auch eine europäische Verteidigungsindustrie und Rüstungsexportkontrolle. Letztere muss von einer europäischen Regierung, bis auf Weiteres der Europäischen Kommission, unter Kontrolle des Europäischen Parlaments ausgeübt werden. Die Verteidigungsindustrie ist keine normale Industrie. Für sie gelten andere Gesetze als die des freien Marktes.

10. Unter der Voraussetzung, dass Russland die Integrität aller europäischen Staaten achtet, Verletzungen des Völkerrechts zurücknimmt und die hybride Kriegführung gegen europäische Staaten und ihre westlichen Verbündeten einstellt, sollte die EU Russland attraktive Angebote für eine neue Zusammenarbeit von beiderseitigem Nutzen machen, ohne dabei das transatlantische Bündnis in Frage zu stellen.

11. Die EU muss das seit Jahrzehnten diskutierte Projekt einer Mittelmeerunion mit neuem Leben erfüllen und die Perspektiven gemeinsamer nachhaltiger Entwicklung in Europas südlicher Nachbarschaft nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Migrationsvermeidung betrachten. Vielmehr gilt es gemeinsame Strategien für eine nachhaltige Energieversorgung und einen florierenden mediterranen Wirtschaftsraum zu entwickeln.

12. Die EU muss eine kohärente Asienstrategie entwickeln. Staatlicher chinesischer Einfluss in Europa muss durch ein verstärktes Investment Screening begrenzt, die Zusammenarbeit auf den Grundsatz echter Reziprozität gestellt werden. Beim Ende 2020 vereinbarten EU-China

Investitionsabkommen sind ob der Reziprozität Zweifel angebracht, da es China zu wenig verpflichtet. Das Europäische Parlament hat recht, wenn es dieses Abkommen auf Eis legt, zumal China EU-Abgeordneten wegen ihrer Kritik an Menschenrechtsverletzungen durch die KPCh die Einreise verweigert. Gleichzeitig ist und bleibt China zentraler Partner in Asien. Ohne eine gute Zusammenarbeit mit dem aufstrebenden Asien, insbesondere China, aber auch Indien, wird es keine sichere globale Ordnung geben, wird aber auch der Klimawandel nicht zu begrenzen sein. Schon deshalb ist diese Zusammenarbeit unverzichtbar.

13. Die EU muss eine kohärente Afrikastrategie entwickeln, um nachhaltige Entwicklung und Partnerschaft auf Augenhöhe zu ermöglichen. Besserer Marktzugang, vor allem fairer Zugang zum europäischen Agrarmarkt, und eine europäische Migrationspolitik sind wichtige Voraussetzung für eine Afrikastrategie. Dazu gehören Ausbildungs- und Migrationspartnerschaften, die reguläre Zuwanderungsperspektiven eröffnen. Die EU muss attraktive Kreditmöglichkeiten anbieten, die die afrikanischen Partner nicht in einseitige politische Abhängigkeiten führen. Das berechnete europäische Interesse an afrikanischen Rohstoffen und seltenen Erden muss in eine weltweit durchzusetzende Nachhaltigkeitsstrategie integriert werden.

14. Die EU stärkt mit ihrer Handelspolitik und darüber hinaus die Einrichtungen der Vereinten Nationen. Die EU setzt sich für die weltweite Achtung der Menschenrechte ein. Dies bedeutet keinen Demokratisierungsversuch von außen, sondern lediglich, dass alle UN-Mitglieder einhalten müssen, wozu sie sich verpflichtet haben. Es sind weitere Versuche zu unternehmen, die Vereinten Nationen zu demokratisieren. Die Europa-Union Deutschland setzt sich für die Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung bei den Vereinten Nationen ein.